

Pressekonferenz, 14. März 2012

Die Europäische Währungsunion vor der Rückkehr zur Stabilität: Regeln und Institutionen

Studie der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Statement

Hubertus Pellengahr
Geschäftsführer
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ganz herzlich begrüße ich Sie zu unserer heutigen Pressekonferenz. Neben mir sitzen Prof. Dr. Andreas Freytag, Professor für Wirtschaftspolitik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, und Prof. Dr. Christoph Ohler, Professor für Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht und Internationales Wirtschaftsrecht ebenfalls an der Universität Jena.

1997 wurde auf Initiative des damaligen Finanzministers Theo Waigel der Stabilität- und Wachstumspakt zu gültigem EU-Recht. Die damaligen Regierungschefs waren sich einig, dass Wachstum und Stabilität in der Europäischen Gemeinschaft eng mit fiskalischer Disziplin verbunden sind. Heute wissen wir: Die Regeln des Vertrags haben nicht verhindert, dass die Mitgliedsstaaten eine Schuldenlast aufgebaut haben, die die Funktionsfähigkeit des Euroraums untergräbt. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat versagt.

Das hat vor allem zwei Ursachen: Die im Vertrag von Maastricht festgelegten Regeln zur Begrenzung der Staatsdefizite auf drei Prozent und des Schuldenstandes auf 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts wurden wiederholt verletzt, ohne dass dieses finanzpolitische Fehlverhalten Sanktionen zur Folge gehabt hätte. Es waren ausgerechnet die beiden großen Länder Deutschland und Frankreich, die 2002 und 2003 als erste das drei Prozent-Defizit Kriterium missachtet haben. Sanktionen wurden dafür nie verhängt und damit war der Damm gebrochen. Fortan waren die Stabilitätskriterien Makulatur. In den vergangenen 12 Jahren wurde der Stabilitätspakt 60-mal gebrochen. Sanktionen gab es in keinem einzigen Fall.

Die zweite Ursache der Krise sind wirtschaftspolitische Fehentwicklungen. Die Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro Länder hat sich nicht wie erhofft durch die Euro-Einführung gesteigert und an die großen Volkswirtschaften in Europa angenähert.

Der Abstand hat sich vielmehr weiter vergrößert. Die sinkenden Kreditzinsen wurden nicht für Investitionen, sondern - vor allem in den heutigen Krisenstaaten - zur Ausweitung des Konsums und der Staatstätigkeit genutzt. Die Zeche dafür, zahlen nun alle Mitgliedsstaaten.

Somit ist offensichtlich: Das bis dato geltende Regelwerk hat den Mitgliedern der Währungsgemeinschaft Vorteile ermöglicht, ohne dabei aber ausreichend Anreize zu schaffen, zu der langfristigen Funktionsfähigkeit des Euroraums beizutragen. Die gegenwärtige Krise ist keine Krise der Währung, sondern das Ergebnis wirtschaftspolitischer Fehlsteuerung durch einen unzureichenden Ordnungsrahmen. Sie ist somit im Kern eine Vertrauenskrise in die Institutionen. Das fehlende Vertrauen sorgt für Unsicherheit bei Marktteilnehmern und hemmt Investitionen und Wachstum.

Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, muss es gelingen, das Vertrauen in die Institutionen der Europäischen Union wieder herzustellen. Das ist naturgemäß nicht einfach, aber auch nicht unmöglich. Gelingt es den Regierungen, sich auf einen neuen Ordnungsrahmen zu verständigen, der keinerlei Spielraum für Regelverstöße lässt, wird die Verunsicherung weichen. Damit wäre eine wichtige Voraussetzung gegeben, damit Europa wieder auf einen sicheren Wachstumspfad zurückkehren kann. Wachstum ist eine Schlüsselgröße auf dem Weg zur Konsolidierung.

Mit dem sogenannten Six Pack und dem jüngst beschlossenen Fiskalpakt haben die Staatschefs die richtige Richtung eingeschlagen. Vor allem Schuldenbremsen mit Verfassungsrang sind ein geeignetes Mittel zur Begrenzung der Staatsschuld, wie das Beispiel Schweiz zeigt. Und dennoch: wie schon der Wachstums- und Stabilitätspakt bietet auch der Fiskalpakt Schlupflöcher. Für die notwendige Durchsetzungskraft fehlt die Rechtsgrundlage. Damit bleibt auch das Kernproblem bestehen: Nach wie vor sind die Mitgliedsstaaten Spieler und Schiedsrichter in Personalunion. Der Fiskalpakt in seiner heutigen Ausgestaltung wird wahrscheinlich,

wie schon der Wachstums- und Stabilitätspakt, ein Papiertiger bleiben. Deshalb muss es gelingen, den Fiskalpakt mit Erweiterungen ins europäische Primärrecht zu überführen. Dafür müssen Großbritannien und Tschechien zurück an den Verhandlungstisch gelockt werden – zum Beispiel mit dem Verzicht auf die Finanztransaktionsteuer. Das ist die zweite Chance für eine stabile europäische Union und den Euro. Eine Dritte wird es nicht geben.

Mit unserer Studie wollen wir einen Vorschlag einbringen, an welchen Prinzipien sich ein Ordnungsrahmen für eine nachhaltig stabile Europäische Union orientieren soll. Damit gelänge Europa der Wandel von der Schuldenunion zur Stabilitätsunion und die Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad. Nachhaltiges Wachstum ist der Schlüssel für Schuldenabbau und zur Sicherung der Stabilität in Europa.

Wie unser Vorschlag sich im Einzelnen gestaltet beschreiben Ihnen nun die beiden Studienleiter Prof. Andreas Freytag und Prof. Christoph Ohler.